

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Die beidseitigen Reserven  
**Autor:** Krättli, Beat  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093633>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Beat Krättli weiter zur Lage in Afghanistan

## Die beidseitigen Reserven

Nachdem der letzte Sowjetsoldat Afghanistan verlassen hatte, liess Staats- und Parteichef Najibullah sämtliche verfügbaren Reserven mobilisieren. Beinahe alles, was Beine hat und sich der Demokratischen Volkspartei irgendwie verbunden fühlt, musste ein Kalaschnikow-Sturmgewehr fassen und wurde damit zum «Wächter der Revolution»! Diese zusätzlichen «Kampftruppen» stellen nach Ansicht der Mujaheddin jedoch keine grosse Gefahr dar, da sie, einerseits durch ihr Alter, andererseits jedoch durch ihren militärischen Ausbildungsstand bedingt, das Kampfgeschehen nicht wesentlich zu beeinflussen vermögen, wie aus Widerstandskreisen verlautete.

Trotzdem gibt man sich in Kreisen des afghanischen Widerstands vorsichtig mit den Schätzungen, wann Kabul endlich fallen wird. Momentan dürfte der Widerstand gegen 15 000 Mann um Kabul herum verteilt haben. Die Versorgung von 15 000 Mann stellt indes enorme Anforderungen an die Logistik der Mujaheddin. Auch dies ist mitunter ein Grund, dass nur selten grosse Kampfverbände zu Angriffen zusammgezogen werden. Mittlerweile kamen mehr Kommandanten zur Einsicht, dass es bedeutend erfolgversprechender ist, die Zufahrtsstrassen zu blockieren und damit den Lebensnerv der Hauptstadt zu durchtrennen. Diesbezüglich gibt sich Najib jedoch zuversichtlich: Wiederholt hat er die internationale Presse wissen lassen, dass Kabul drei Monate ohne Lebensmittel- und Waffenunterstützung ausharren könne.

### Das Teilungsgerücht

Eine winzige Chance wird Najib und mit ihm Teilen der PDPA allerdings noch eingeräumt. Noch immer existiert ein altes Szenario, das Anfang April 1988 erneut an Aktualität gewonnen hatte. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete nämlich, dass die beiden an die UdSSR grenzenden Provinzen Balkh und Jowzjan (Dschodschan) in einen nördlichen und einen südlichen Abschnitt aufgeteilt werden. Die beiden südlichen Teile wurden kurz darauf in eine neue Provinz mit Namen Sari Pul umbenannt. Bis heute wurden offiziell keine Gründe für diese Umstrukturierung genannt.

Bei einem Blick auf die Landkarte ist festzustellen, dass diese neue Provinz Sari Pul Afghanistan durch ein Bergkettenmassiv in

einen südlichen, paschtunischen, und einen nördlichen, tadschikisch-turkmenischen Teil trennt. Dadurch ergibt sich eine Art Mauer, ein natürlicher Schutzwall, der den Norden vom Süden abschirmt. Die im Norden angesiedelten Volksgruppen sind identisch mit jenen in der zentralasiatischen SSR lebenden moslemischen Gruppen. Diese und weitere Tatsachen haben bereits damals sowohl in Widerstands- als auch in Diplomatenkreisen die Spekulation genährt, die Sowjets hätten den Norden Afghanistans als möglichen Satelliten ins Auge gefasst, und Najibullah bzw. die PDPA liebäugle mit einem pro-sowjetischen Nordafghanistan, dessen Hauptstadt Mazar-e Sharif sein würde. Nebst den ethno-politischen Gründen wären für Moskau auch genügend wirtschaftliche Anreize vorhanden, den rohstoffreichen Norden für die Zukunft zu sichern.

Ob hinter diesen Gerüchten mehr steckt als bloss die Tatsache, dass in Kreisen der PDPA auf höchster Ebene darüber diskutiert wurde, wird sich wohl in den kommenden Tagen und Wochen zeigen. Nicht unbeachtet sollte allerdings bleiben, dass der Norden Afghanistans eine der bestorganisierten Widerstandsfronten beheimatet. Ahmed Shah Massud, der «Löwe des Panjshirs», hat mehrere Provinzen politisch und militärisch koordiniert und sich den sowjetisch-afghanischen Verbänden als erbitterter Gegner gezeigt.

### Uneinigkeit im Regierungslager . . .

Währenddem weltweit gerätselt und spekuliert wird, wie lange sich das Regime wohl noch zu halten vermöge, sitzt der Führungsclan der PDPA in Kabul und ist dazu gezwungen, den nächsten Schritt der Mujaheddin abzuwarten. Laut Aussagen von westlichen Diplomaten in Kabul soll es in diesen Tagen vermehrt Anzeichen geben, die auf einen sich langsam anbahnenden Militärputsch seitens des nationalkommunistischen Flügels der PDPA hinweisen. Auch in Zeiten grösster Bedrängnis ist die Volksdemokratische Partei Afghanistans in mindestens zwei Lager aufgesplittert. Die Uneinigkeit der beiden Fraktionen «Parcham» (Banner) und «Khalq» (Volk) hat ihre Ursachen sowohl in grundsätzlich politischen Differenzen als auch in jahrzehntealten persönlichen Fehden. Fehden, die teilweise so komplex sind, dass heute im Kabuler

Regime Folterer und ehemals Gefolterte genötigt sind, gemeinsam zu regieren.

Beobachter sind sich indes einig, dass der wohl friedlichere Weg zur Ablösung des todkranken Regimes eine interne Palastrevolution wäre, die ihrerseits eventuell in handfesten Angeboten zu einer neuen Regierungsbildung resultieren könnte. Der Führungsanspruch der PDPA, insbesondere von Najib, ist heute genauso unberechtigt wie am Tage seiner Machtübernahme. Auch der ehemalige stellvertretende UNO-Generalsekretär Diego Cordovez nannte als eine der fundamentalen Bedingungen für einen Frieden in Afghanistan den Rücktritt Najibs. Auch die Scheinangebote des Kabuler Regimes an Kommandanten und Politiker des Widerstands vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die PDPA ihren Anspruch auf alleinige Führung noch nicht beiseite gelegt hat. Sämtliche Angebote zur Regierungsbeteiligung haben bis heute nie Schlüsselpositionen wie das Aussenministerium, das Verteidigungsministerium oder etwa das Ministerium für Staatssicherheit beinhaltet. Auch die Kontrolle über das Ministerium für Inneres und damit über die 30 000 Mann starken paramilitärischen Eliteverbände der Sarandoi will die PDPA weiterhin für sich in Anspruch nehmen. Verwegen für eine «politische Macht», die kaum einen Bruchteil der Bevölkerung hinter sich zu versammeln vermag!

### . . . und beim Widerstand

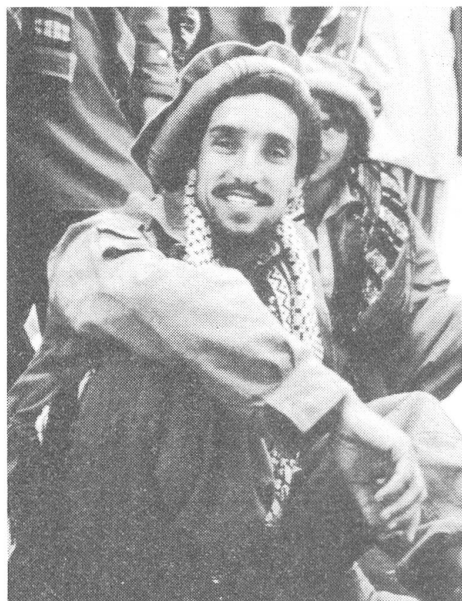
Obwohl der afghanische Widerstand als Gesamtes den Interessen der Bevölkerung erheblich näher kommt als Najibs PDPA, stellt sich gegenwärtig verstärkt die Frage nach Alternativen. Insgesamt gibt es 15 politische Parteien, unterteilt in ein sunnitische und ein schiitische Lager. Das sunnitische Lager, bestehend aus sieben Exilparteien, unterteilt sich erneut in ein fundamentalistisches und ein moderates Lager. Dies entspricht wohl am besten dem Vielvölkerstaat Afghanistan und seinen religiösen Gruppen, doch eine Regierung lässt sich damit noch lange nicht bilden. Was von afghanischen Intellektuellen immer mehr in aufrichtiger Selbstkritik eingestanden wird, erweist sich je länger, je mehr als ein Problem: Der afghanische Widerstand hat es während neun Jahren verpasst, die Bevölkerung mit seiner Politik vertraut zu machen. Mit diesem Vorwurf sind nicht etwa die Feldkommandanten gemeint, sondern vielmehr die im pakistanischen Exil lebenden Widerstandspolitiker!

Was für die PDPA gilt, hat auch für den Widerstand eine gewisse Bedeutung. Der Führungsanspruch einer Partei oder Bewegung provoziert in einem Land wie Afghanistan gewalttätige Auseinandersetzungen. Zumindest die moderaten Kräfte des Widerstands scheinen erkannt zu haben, dass ein Frieden die Respektierung sämtlicher ethnischen, religiösen und bedingt auch politi-

schen Gruppierung voraussetzt. Diese Ausnahme dürfte die PDPA als politische Macht, nicht jedoch deren Mitglieder im einzelnen betreffen. Die Ära der revolutionären Garde in Afghanistan ist vorüber, und als politische Partei dürfte sie für die nächsten Jahre ausgespielt haben.

Dass die geplante Schura, die Ratsversammlung in Rawalpindi, gescheitert ist und bis auf weiteres verschoben werden musste, gründet genau in der Kontroverse bezüglich der Minderheiten. 519 Sitze sollten insgesamt verteilt werden, wobei die sunnitischen Parteien Anspruch auf je 60 Sitze hatten. 59 Sitze sollten für «gute Msolems», ehemalige Minister, Universitätsprofessoren und Verwaltungsexperten reserviert werden. Auf diese Weise sollten auch Afghanen berücksichtigt werden, die weder dem Widerstand noch dem Regierungsblock angehören. Trotzdem wäre es möglich gewesen, zum Beispiel Bürger von Kabul mit in die geplante Übergangsregierung einzubeziehen.

Die Schiiten weigerten sich jedoch kurzfristig, der Ratsversammlung beizuwohnen, da sie, nach eigenen Angaben, betrogen worden



Legende und Hoffnung zugleich: Mujaheddin-Kommandant Ahmed Shah Massud (Aufnahme: Ph. Frick)

sein! Der Vorwurf der etwa 1,6 Millionen Schiiten repräsentierenden Delegation richtete sich gegen Fundamentlistenführer Hekmatyar. Dieser soll, Presseberichten zufolge, in Vorverhandlungen mit dem moderaten Allianzsprecher Mudjaddidi eingewilligt haben, den acht schiitischen Widerstandsparteien insgesamt 100 Sitze zu überlassen. Mit der entsprechenden Autorisation reiste Mudjaddidi nach Teheran und verhandelte im Beisein von hohen iranischen Regierungsvertretern die Teilnahme der Schiiten an der Schura. Zu spät soll Hekmatyar realisiert haben, dass er mit seiner Einwilligung einer mehrheitsfähigen Koalition zwischen moderaten und schiitischen Elementen in der Schura Tür und Tor geöffnet hatte. Um dies abzuwenden, scheute Hekmatyar selbst einen Gesichtverlust nicht und machte seine Zusage kurzum rückgängig. Der Zorn der Schiiten war ihm gewiss, die Auflösung der Schura jedoch ebenso.

Vorbereitungen für die nächste Schura sollen gemäss Presseberichten bereits angelaufen sein, allerdings nicht mehr unter dem Vorsitz des Traditionalisten Mudjaddidi. Neuer Sprecher der Allianz ist im Sog der Schura-Auseinandersetzung der Fundamentalist und Wahabit Rasul Sayyaf geworden. Ob unter seinem Zepter ebensoviel Verständnis für Minderheiten aufgebracht wird, ist indes noch fraglich. Obwohl diese Vorkommnisse nicht das Ende einer Übergangsregierung bedeuten müssen, dürfen sie in ihrer Tragweite nicht unterschätzt werden: «Es hilft wenig, wenn die Kommandanten Schlachten gewinnen, derweilen die Politiker einen Krieg verlieren», meinte jüngst ein Vertreter des bewaffneten inneren Widerstands.

### Es gibt keinen Einheitsschlag

Das Scheitern der Schura zeigt jedoch auch deutlich, wie sehr sich die vormalig unterdrückten afghanischen Minderheiten durch den Krieg emanzipiert haben. Eine Minderheit sind jedoch nicht nur Schiiten, Turkmenen und Usbeken. Auch die Stadtbevölkerung, welche teilweise einen westlichen Lebensstil führt, ist landesweit gesehen eine Minderheit. Diese Minderheit ist nicht das Verdienst der sogenannten «Saur-Revolution» oder der PDPA. In Afghanistan galt es schon immer als Selbstverständlichkeit, dass zwei Welten in einem Land angesiedelt sind. Der Konflikt zwischen Stadt- und Landbevölkerung wurde gerade durch die Aprilrevolution ausgelöst. Toleranz indes ist eine Tugend, die sowohl für Naib als auch für Hekmatyar fremd ist.

So unterschiedlich die beiden Figuren auch sind, sie weisen eine grosse charakteristische Parallele auf: Beide gründen ihre Macht auf einen äusseren Einfluss, sind somit künstliche Machtfaktoren. Der islamische Fundamentalismus, wie er innerhalb des Widerstands durch Hekmatyar repräsentiert wird, ist an und für sich ein Fremdkörper in der

afghanischen Gesellschaft. Die natürliche Glaubensverbundenheit der Mujaheddin, wie sie etwa bei der strikten Einhaltung der Gebetszeiten auftritt, bedeutet noch lange keinen Fundamentalismus, obwohl «fundamentale Gesetze» des Islams eingehalten werden.

Es sind indes die Intoleranz und auch ein islamischer Internationalismus, die die Fundamentalisten u. a. vom normalgläubigen Afghanen unterscheiden. Beide Kriterien werden sowohl von Hekmatyar als auch von seinem früheren Lehrer und politischen Weggefährten, Professor Sayyaf, erfüllt. Beide repräsentieren den harten, extremen Kreis des afghanischen Widerstands. Dass sie zusammen über ein beachtliches Kräftepotential an gutbewaffneten Widerstandskämpfern verfügen, bedeutet noch kein Widerspruch zur vorangehenden Bemerkung. Fundamentalismus sei ein Fremdkörper in der afghanischen Gesellschaft.

Ihre gegenwärtige Grösse verdanken die beiden Fundamentalistenparteien den politischen und religiösen Interessen von Regionalmächten. Saudi-Arabien und diverse weitere arabische Staaten glaubten im afghanischen Krieg ein religiöses Missionsfeld gefunden zu haben. Sie liessen es sich einiges kosten, damit sie den einen oder anderen ihrer afghanischen Brüder zur Lehre der Wahabiten bekehren konnten. Anders verhielt es sich mit der Afghanistan-Politik Pakistans. Der im vergangenen August bei einem Sprengstoffattentat ums Leben gekommene pakistanische Staatspräsident Zia ul-Haq galt als der Protektor der afghanischen Fundamentalisten, insbesondere von Hekmatyars Hesb-e Islami. Geostrategische Gesichtspunkte veranlassten ihn und «seinen» Militärgeschäftsmann «ISI», die umstrittenen extremen Elemente des Widerstands besonders zu fördern.

Mit dieser über neun Jahre betriebenen Politik hat der verstorbene Generalstabschef Zia ul-Haq ein Vermächtnis hinterlassen, das in den nächsten Monaten, vielleicht auch Jahren noch einige Probleme für die Afghanen aufwerfen wird. Sollten Moskau und Islamabad ernsthaft an einem Ende des Konflikts interessiert sein, werden sie wohl oder übel ihren Einfluss in Richtung Neubildung einer Übergangsregierung geltend machen müssen.

Nur so kann das andere, weit folgenschwerere Vermächtnis der UdSSR, die Zerstörung Afghanistans, kontinuierlich behoben werden. Um den Wiederaufbau innert nützlicher Frist realisieren zu können, müssen sowohl im Landesinnern als auch in Kabul politisch mehr oder weniger geordnete Verhältnisse herrschen: Die grösste Schlacht wird eine humanitäre sein! ■

(Inzwischen hat sich die Schura auf die Bildung einer Gegenregierung geeinigt.)